

Energiewende : Solaranlagen ruinieren unsere Böden*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 21. April 2025

=====

Dagmar Jestrzemski :*

**PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen :
Verschattung, Wasserentzug und bis zu fünf Meter tiefe
Gründungspfähle
in enger Staffelung strafen das Etikett von der „grünen
Energie“ Lügen**

=====

In zunehmendem Ausmaß und Tempo degradiert deutschlandweit wertvolles Agrarland infolge der Überdachung durch immer mehr und immer größere Photovoltaikanlagen auf Freiflächen (PV FFA). Durch den Wegfall der Niederschläge und reduziertes Licht verlieren die Böden rasch an Nährsubstanz, und die Fruchtbarkeit geht verloren. Ironischerweise geht mit dem Humusverlust eine Freisetzung des verteufelten Spurengases CO₂ einher, das durch die PV FFA eigentlich eingespart werden soll.

Eine negative CO₂-Bilanz zieht auch die Entfernung der Vegetation auf den für die Photovoltaik-Industrieanlagen vorgesehenen Flächen nach sich. Als wichtiger Parameter für die Fruchtbarkeit von Böden gibt die Kationen-Austauschkapazität (KAK) Auskunft über das Vermögen des Bodens, Nährstoff-Kationen, insbesondere Kalzium, Magnesium und Kalium, zu binden und für die Pflanzenernährung wieder bereitzustellen. Nichts wäre einfacher, als regelmäßig Proben zu entnehmen, um die Mangelsituation der Böden unter PV-Überdachung zu analysieren.

Der Nährstoffgehalt und die Qualitätsminderung der Böden müssten beobachtet werden, um Prognosen für die kommenden Jahre beziehungsweise für eine vorgesehene Betriebsdauer der Stromerzeugung durch Photovoltaik von 20 bis 30 Jahren zu erstellen. Diese Pflicht fällt in den Aufgabenbereich des Fraunhofer Instituts für Solare Energieforschung ISE in Freiburg und des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V. in Müncheberg, deren Grundfinanzierung durch Bund und Länder erfolgt.

https://x.com/wideawake_media/status/1914258796186161486

In beiden Institutionen werden jedoch lediglich eine oder mehrere Studien zu Agri-PV gefördert, also zur Solarstromerzeugung in Verbindung mit einer Bodenbewirtschaftung unter den PV-Modulen. Bei dem von der

Bundesregierung propagierten Modell einer solchen Doppelnutzung ist künstliche Bewässerung der Nutzpflanzen unter der PV-Abdeckung unabdingbar. Zuständig wären beide Institute darüber hinaus aber auch für die Erhebung von Daten zu üblicherweise ohne Agri PV eingerichteten PV-Anlagen, da der Staat aufgrund seiner Sorgfaltspflicht auch die Auswirkungen der politisch gewollten „Einbindung von PV-Technologien in Agrar- und Wasserflächen“ (Zitat Fraunhofer ISE) zu berücksichtigen hat.

„Ökostrom“ ist nur ein Tarnname

Fazit: Die Politik gibt, wie so oft, nur solche Forschungen in Auftrag, die mit den Zielen der Energiewende in Einklang stehen. Unerwünschte Erkenntnisse über schwerwiegende Folgeschäden durch die Installation der Industrieanlagen für den Betrieb mit (nicht-erneuerbarer) Sonnen- wie auch Windenergie, zu den erhöhten Umgebungstemperaturen dieser Anlagen sowie über negative Auswirkungen auf Böden, Flora und Fauna sind somit von vornherein ausgeschlossen.

Es ist eine Tragödie, dass die Politik als Geldgeber der Wissenschaft diese notwendigen Forschungen verweigert. Dadurch wird nicht nur die Thematisierung der lebensfeindlichen Schattenseite der Photovoltaik, die sich in den Landschaften wie ein Krake ausbreitet, unterbunden. Es geht auch nicht nur um den damit verbundenen Verlust wertvoller, fruchtbare Ländereien für die Nahrungsmittelproduktion, sondern „von oben her“ wird auch die Aufklärung über den Hintergrund verhindert, nämlich die Kapitalisierung der Natur unter dem Tarnnamen „Ökostrom“ zugunsten einer äußerst lukrativen Geschäftsmacherei mit möglichst großflächig erzeugtem Solarstrom.

Denn allein darum handelt es sich. Hinzu kommt eine weitere gefährliche Entwicklung: Durch die von den PV-Projektierern den Städten, Gemeinden und Landbesitzern angebotenen, völlig überhöhten Pacht-preise für die Solarstromerzeugung auf landwirtschaftlichen Flächen werden Landwirte ausgebootet, die einen Betrieb gründen oder vergrößern wollen. Auch über diese verheerende Entwicklung breitet die verantwortliche Politik im Verbund mit den staatstragenden Medien den Mantel des Schweigens, sodass die meisten Bürger die zunehmende Verschandelung der ländlichen Räume mit nur privat geäußertem Unmut hinnehmen.

Vom Staat noch subventioniert

Vor Ort werden die Beschützer der heimatlichen Natur mit ihrem Kampf gegen die Versiegelung und Verschandelung ihrer Naherholungsgebiete durch immer mehr und immer größere PV FFA alleingelassen. Allenfalls veröffentlichen regionale Medien gelegentlich einen „ausgewogenen“ Bericht über die verzweifelten Bemühungen der Bürgerinitiativen um die Bewahrung ihrer Heimat.

Als eine der zahlreichen, vom Staat hoch subventionierten, für die Propagierung der Energiewendeziele zuständigen NGOs agiert das kaum bekannte, aber personalintensive KNE gGmbH als „Kompetenzzentrum für

Naturschutz und Energiewende“. Das KNE erarbeitet unter anderem Empfehlungen für die Anlage neuer PV FFA, die aber nicht verpflichtend wirksam sein können. Ist doch eine Überwachung der Installation der riesigen Anlagen kaum praktikabel und wird doch auch die offizielle Empfehlung, PV FFA möglichst nicht auf fruchtbarem Ackerland zu errichten, durch die Projektierer und gewisse Profiteure in den Gemeinden längst schon in vielen Fällen außer Acht gelassen.

In der Ausarbeitung „Photovoltaik und Folgenutzung auf Ackerland und Grünland“ äußert sich das KNE im Juli 2024: „Angereizt wird eine Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für PV-Anlagen durch das ErneuerbareEnergien-Gesetz (EEG) ... Die anspruchsvollen politischen Ausbauziele sowie der zunehmende Flächenbedarf werden zu einer deutlich größeren Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für PV-Anlagen führen.“ Dagegen erhebt das KNE keine Einwände. Zur nicht auflösbaren Problematik der PV-Anlagen auf Grün- und Ackerland äußern sich die Autoren lediglich mit wenigen, schwammig formulierten Aussagen.

Listiges Gutachten als Nebelkerze

Es wimmelt von Allgemeinplätzen: „Eine intensive Auseinandersetzung mit den Regeln der GAP-Novellierung sowie ein sorgfältiges Monitoring ihrer Steuerungswirkungen können entscheidende Impulse für eine naturverträgliche Gestaltung der Landwirtschaft einerseits und für den Ausbau der erneuerbaren Energien andererseits geben ... Biodiversität im Solarpark bietet viele Vorteile für die Agrarlandwirtschaft.“ In einem Gutachten der KNE mit dem listigen Titel „Maßnahmen zur Minderung anlagebedingter Wirkfaktoren“ werden ein einziges Mal die Begleiterscheinungen der Solarparks angedeutet, Bodentrockenheit und Lichtmangel: „Lücken zwischen den Modulplatten lassen, um Wasserablauf bzw. Regenwasserversickerung und Lichteinfall zu ermöglichen.“ Ferner: „Maximalgröße der Anlagen auf 200 Hektar (!) begrenzen, wobei Anlagen über 100 Hektar zusammenhängende Modulflächen von maximal 20 Hektar (!) aufweisen sollen und ein Viertel der Gesamtfläche freizuhalten ist. Gesamtversiegelungsgrad so gering wie möglich halten.“

Wohin die Reise sonst noch geht, erhellt diese Empfehlung: „Tiefe der Modultische nicht mehr als fünf Meter.“ Damit ist klar: Stählerne Pfahlgründungen von PV-Anlagen werden halb so tief im Boden einbetoniert wie die Fundamente mittelgroßer Windräder. Nur dass für 30 Hektar, bei großzügiger Freihaltung eines Viertels der Fläche als Zwischenräume, schätzungsweise 90.000 Ständer für die PV-Module in den Boden eingelassen werden müssen, wenn man vier Ständer auf zehn Quadratmeter rechnet. Welch ein Wahnsinn!

**Protest : Eine Bürgerinitiative wehrt sich :
Nichts ist grün unter den PV-Dächern: Einwohner von
Villingen-Schwenningen**

machen mobil gegen geplante 30 Hektar große Anlage

Mit einer Fotodokumentation warnt die Bürgerinitiative „Heimat erhalten“ auf ihrer Homepage vor der Errichtung einer PV FFA auf dem Naherholungsgebiet Bertholdshöfe zwischen Villingen und Schwenningen (www.heimat-erhalten.de/nebenwirkungen-pv/freiflaechen-pv-anlagen-ein-massiver-eingriff-in-die-natur/). Die Stadt Villingen-Schwenningen plant, zwischen den beiden Stadtzentren eine mindestens 30 Hektar große Photovoltaik-Industrieanlage zu errichten. Erwartungsgemäß sprechen sich die Grünen im Schwarzwald-Baar-Kreis für die Anlage aus. Die Fotos der Initiative beweisen jedoch: Nichts ist grün unter den PV-Dächern.

Der Text zur Fotodokumentation „Freiflächen-PV-Anlagen schaffen Mangel, nicht Vielfalt“ bezieht sich auf die langjährigen Beobachtungen und Messungen des Grazer Energieexperten Jürgen A. Weigl, der über eine 30-jährige Erfahrung verfügt und 14-fach vom österreichischen Umweltministerium für seine Klimaschutz-Kompetenz ausgezeichnet wurde.

Die Fotos entstanden im Sommer 2024. Sie zeigen eine PV-Anlage in Deißlingen, die seinerzeit zwei bis drei Jahre bestand. Zwischen den mit PV-Modulen überdachten Arealen wurde ungewöhnlich viel Raum für Rasen- und Beikrautflächen gelassen. Das saftige Grün dieser Flächen kontrastiert scharf mit der kahlen, schwarzen Erde und dem kümmerlichen Restbewuchs des mutmaßlich bereits unfruchtbaren Bodens unter den Solar-Paneelen. Auf diesen Flächen hat sich bereits alles zum Negativen verändert durch den fehlenden Niederschlag und Lichtmangel.

Hinzu kommt: „Die Installation von PV-Anlagen erfordert umfangreiche Bauarbeiten, die die Bodenstruktur beeinflussen können. Das Verdichten des Bodens durch schwere Maschinen kann die Bodenporosität verringern, was die Durchlüftung und Wasseraufnahme des Bodens behindert.“ Und auch in den Lücken zwischen den Modul-Tischen steht nicht alles zum Besten: „Zudem kann der regelmäßige Rückschnitt von Pflanzen, die nah an den Modulen wachsen, die Rückführung von organischem Material in den Boden verringern, was langfristig die Bodenfruchtbarkeit beeinträchtigen kann.“

Fazit :

Eine PV-Anlage ist für die Natur eine erhebliche Belastung, kein Gewinn. Und für die landwirtschaftliche Lebensmittelproduktion ein herber Verlust.“ D.J.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**,
18.04.2025, S.12 ;

EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :

<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-
Redaktion.

=====